

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis RM. 4.80 vierteljährlich, RM. 1.60 monatlich.
frei ins Haus geliefert; durch die Post im inlandsdeutschen
Verkehr RM. 4.05 und 90 Pfg. Postbeiträge.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Kellamergellen
70 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigennahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad. Fernsprecher Nr. 33.

Nr. 4

Mittwoch, 7. Januar 1920

Jahrgang 54

Ausverkauf und Saarländische Währung.

Dem „Hamd. Fremdenbl.“ wird aus dem Rheinland geschrieben: Nach allen Beobachtungen und Verichten wächst der neue Saarstaat, das Blandobjekt französischer Bergwerksbegehrlichkeit, seit Wochen und Monaten in die Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis, die dem Zustand der Anarchie bedenklich ähnlich sieht. Der Saarstaat wird zu verkaufen, restlos ausverkauft, schlimmer als Deutschland und Deutsch-Oesterreich. Was sich in Eisenbahnen verstaufen, auf Wagen verladen, in Reiseoffenen unterbringen läßt, was für Geld überhaupt zu haben ist, muß daran glauben, nämlich an den allmächtigen französischen Franken. Er schludert alles, nimmt dem Bürger den Rock, der ihn morgen kleiden soll, nimmt dem Bergmann das Fleisch, das ihm zur schweren Arbeit neue Kraft geben soll. Der Franzose und der Lothringer, der Belgier und der Luxemburger, alle kaufen ihre täglichen Bedarfsartikel im großen Warenhaus Saarstaat: Es hat ja die billigsten Preise der Welt; es unterbietet die heimischen Warenhäuser und Läden um mindestens drei Viertel. Was in Frankreich bis 5 Franken kostet, liefert der Saarstaat für einen. Und so gehen alle saarländischen und deutschen Artikel den einen Weg: über die Westgrenze, nur nicht in den Besitz der ausgehungerten und ausgepöbelten Einwohner selbst. Arbeiter, Angestellte, Unternehmer, Verbraucher und Erzeuger sehen den Tag vor Augen, wo sie vor dem Nichts stehen, wo es nur noch ein Mittel gibt: Auswanderung als Lohnsklave oder bedingungslose Abstimmung für den Anschluß an Frankreich. Verlorenes Deutschland.

Die saarländischen Bergwerke und Industrien sind zum großen Teil in französischen Händen; Löhne und Aktien sind in französischer Währung ja so billig. Die Arbeiter aber erhalten Marktlöhne und hungern. Die üblichen Lohnsteigerungen nützen nichts mehr, die Preise steigen, die lebensnotwendigen Waren verschwinden nach Westen. Da ist es zu verstehen, wenn die schwer betroffene Bevölkerung nach einem Ausweg sucht. Und bei allen Beratungen und Besprechungen in der Presse ist es immer wieder die Besserung der Währung, von der man die Rettung erhofft. Diese Besserung denkt man sich in verschiedener Weise. Einmal durch die Einführung der französischen Franken, der die Mark erliegen soll. Wenigstens, die diese Theorie vertreten, sind sich klar darüber, daß Frankreich gar nicht daran denken kann, die Finanztransaktion, die es mit größtem Nachdruck in Elsass-Lothringen durchzuführen hat, nun auch in Saarstaat ins Werk zu setzen. Frankreichs Finanzlage ist keineswegs derart, daß es sich einen derartigen Luxus, selbst wenn es wollte, im Saarstaat mit seinen viel unglücklicher gewordenen Währungsverhältnissen überhaupt erlauben könnte. Es müßte denn schon eine Gegenleistung der saarländischen Bevölkerung den finanziellen Verlust ausgleichen. Worin diese Gegenleistung bestehen müßte, braucht dem Kundigen nicht erst erklärt zu werden. Anders sieht es mit dem Gedanken einer eigenen Saarländischen Währung aus, die unabhängig von der deutschen Mark ihren eigenen Wert aus der Garantie des Saarstaats und aus der internationalen Abschätzung ihrer Sicherheiten bilden müßte. Es muß zugegeben werden, daß der Gedanke der eigenen Saarländischen Währung die Einwohnerschaft des Saarstaats auf den ersten Blick bestechen kann. Seine Durchführbarkeit wird in erster Linie von der weiteren Entwicklung der politischen Verhältnisse im Saargebiet abhängen, die keineswegs so klar sind, wie sie im Friedensvertrag angedeutet werden. Auf jeden Fall würde auch die Saarländische Währung auf lange Zeit hinaus die Folgen der verfallenen Mark zu tragen haben, wenn auch die Möglichkeit einer Gesundung vorhanden wäre. Hat aber daran das laufende Ausland ein Interesse?

Das Währungsziel in Saarland hat für das gesamte westliche Deutschland, insbesondere für die besetzten Gebiete, noch eine besondere Bedeutung. Was im Saarland bereits als eine fast unheilbare Krankheit ausgebrochen ist, hat auch in besetzten Rheinland schon solche Fortschritte gemacht, daß der volkswirtschaftliche und politische Beobachter Mühe hat, seinen Kopf zu behalten. Der Inventurausverkauf ist in bestem Gange, der Franken gilt heute 4,40 Mark, die rheinischen Kaufleute und Handelsleute wimmeln von frankenbeladenen Ausländern, die Bevölkerung, die mit lauter erworbenem Geld haushalten

muß, liegt vor den Türen der Läden und — darbt weiter. Und wenn das Rheinland einmal Ausrainer eines Saarstaats mit eigener, vielleicht sanierter Währung ist, wird uns der Saarfranken nicht auch auslaufen, wie heute der französische? Werden dann die immer gefährlicheren Rheinfranken, oder gar dem französischen Franken, zügigen im Rheinland auch nach eigener Währung, dem sein? Sind wir im Rheinland dann auf dem sicheren Weg, auf den uns gewisse Drahtzieher führen wollen?

Das ist der politische Gesichtspunkt des Valutaerands, zu dessen Behebung alle fähigen Köpfe, alle arbeitskräftigen Hände sich regen müssen.

Das Rätsel der Marne Schlacht.

Der frühere sächsische Kriegsminister v. Hausen, der bei Beginn des Weltkriegs die 3. Armee über die Marne führte, veröffentlicht im Verlag von R. F. Köhler, Leipzig, ein Buch „Das Rätsel der Marne Schlacht“. Generaloberst v. Hausen lehnt es ab, die in ihren Folgen verhängnisvolle Schlacht in ihren Einzelheiten kritisch zu befechten oder zu untersuchen, ob der deutsche Rückzug nicht etwa ein großer Fehler und in der strategischen und taktischen Lage durchaus unbegründet war. Darüber ershöpfend zu urteilen, sei nur der Oberste Heeresleitung (O.H.L.) nicht einem einzelnen Armeekorpskommando (A.K.) möglich. In der Ablehnung des Urteils liegt aber schon ein Urteil, das allerdings für die damalige O.H.L. (Generaloberst

v. Moltke und Großes Hauptquartier) nicht sehr günstig ausfallen kann. Hausen schreibt nach der Darstellung der Operationen in den Schlussbemerkungen des Buchs, er wolle zwei offenstehende Fragen freilegen, die ihm wiederholt entgegengebracht wurden. Diese Fragen, die nicht angefochten zu beantworten sind, weil ihre Beurteilung sich lediglich in dem Gesichtspunkt bewegen konnte, der sich ihm als Oberbefehlshaber der 3. Armee bot, lauten:

1. Sind die Franzosen berechtigt, die Kämpfe an der Marne als Siege anzusehen?, und
2. Wer ist für den Ausgang der Schlacht an der Marne verantwortlich zu machen?

Zu 1: Zweifellos ist der Eindruck der Kämpfe an der Marne vom 6. bis 10. September nicht nur auf unsere Feinde, sondern auch auf die Mitwelt derjenige eines Sieges der französischen Waffen und einer deutschen Niederlage gewesen. Entgegen der bei Beginn des Feldzugs gehegenen Hoffnung war es der O.H.L. allerdings nicht möglich, das französische-belgische-englische Feldheer vernünftig zu schlagen, ehe das russische auf dem östlichen Kriegstheater wirksam wurde. Angesichts solcher Kriegslage übte sie indessen, nachdem der am 6. September begonnene allgemeine Gegenangriff hofflos sich auszuwirken anschickte, in wahrhaft weiser Voraussicht selbstüberwindende Beschränkung. Ob dies bei anderweitiger Gruppierung der deutschen Streitkräfte auch bei Verzicht auf einen raschen Erfolg im Osten nötig gewesen wäre, bleibt dahingestellt. Jedenfalls brach die O.H.L. die Kämpfe an der Marne ab, räumte aus eigener Entschliebung einen Teil der kurz zuvor in unerhörtem Siegeslauf eroberten französischen Gebiete, überließ diese dem Feind, ohne hierzu von ihm durch Waffengewalt gezwungen worden zu sein, und ging zur Abwehr im Nordosten Frankreichs über. Daraus folgt nach meiner Meinung, daß die Kämpfe an der Marne weder als ein Sieg französischer Waffen, noch als eine Niederlage des deutschen Heeres angesehen werden können, und Frankreich demnach nur berechtigt ist, sie als einen „operativen Erfolg“ zu buchen, der vornehmlich durch das frühzeitige Ausweichen der verbündeten russischen Armee errungen worden ist.

Zu 2. Die Rückwärtsbewegung des deutschen Heeres begann auf dem rechten Heeresflügel. Ob die Ursache hierzu bei der 1. oder 2. Armee zu suchen ist, oder ob beide Armeen hieran beteiligt sind, wage ich nicht zu beurteilen, da die amtliche Berichterstattung hierüber noch schweigt. Wahrscheinlich hat in der bezüglichen Entscheidung der von der O.H.L. entsandte Oberbefehlshaber Deutsch eine gewisse Rolle gespielt. — ob als Nachrichtenoffizier, um seinen Auftraggeber über die Auffassungen der A.O.S. zu unterrichten, oder ob er ermächtigt war, unter Umständen den A.O.S. die bei der O.H.L. herrschenden Ansichten mitzuteilen und diese so

zur Geltung zu bringen, entzieht sich noch vorläufig der Erörterung. . . .

Hätte ich alles das vorstehend Gesagte und Entwickelte zusammen, so führt mich meine Erwägung zu dem Ergebnis, daß die Veranlassung zu der Einstellung der deutschen Offensive an der Marne in den Ereignissen auf dem Schlachtfeld der 2. Armee zu suchen ist, die ihrerseits vielleicht Folgen veränderter Lage bei der 1. Armee waren. Selbstverständlich konnte die von der 2. Armee begonnene Rückwärtsbewegung nicht ohne Rückwirkung auf das gesamte deutsche Westheer, also auch nicht ohne Rückwirkung auf die 3. Armee bleiben. Nur dieser Not gehorchend brach sie ihre Angriffe ab, das Oberkommando tief erschüttert, aber doch dem Geschick dankbar, daß der Abzug der 3. Armee auf das rechte Marneufer, weder freiwillig vom A.O.S. 3. angeordnet, noch vom Feind erzwungen geschah, sondern erst auf aller höchsten Befehl. Unter solchen Verhältnissen verließ die 3. Armee ihre Siegesfelder links der Marne und räumte das linke Marneufer, getragen von dem das Oberkommando und seine Truppen erfüllenden Bewußtsein: „An uns hat es nicht gelegen“, das ist ein Wort, das beim Rückzug des XIX. A. K. am 11. September 1914 innerhalb der Truppen dieses Korps gebräut worden ist. . . .

Amerikanische Warenkredite für Europa.

Die Unterzeichnung der vom amerikanischen Senat beschlossenen Edge-Bill durch Wilson, die bestimmt, daß die Amerikaner Gesellschaften zur Gewährung von Auslandskrediten bilden können, dürfte die Finanzlage Europas erleichtern. Die Edge-Bill gestattet nicht die Gewährung von Bargeldkrediten an europäische Firmen oder Banken, sondern die Lieferung amerikanischer Waren, insbesondere Rohstoffe, deren Bezahlung erst nach einer Reihe von Jahren erfolgen kann. Es sind bereits Gruppen von Fabrikanten und Bankiers in Amerika gebildet — die Edge-Bill fordert, daß nur Gruppen mit mindestens 5 Personen Geschäftsleute mit Europäern abschließen dürfen —, die ihre Vertreter entweder bereits nach Deutschland, Frankreich und Italien entsandt haben oder sie demnächst senden werden, um die europäischen Märkte zu versorgen. Der Handelsverkehr im größten Teil mit Europa wird von den Amerikanern für um so nötiger erachtet, als der amerikanische Markt in der nächsten Zeit starken Erschütterungen ausgesetzt sein wird. Insbesondere wird ein Rückgang aller Eisenbahnaktien erwartet, da die Eisenbahnen nun nach Beendigung des Kriegszustands den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben wurden. Während des Kriegs sind die Löhne um 100, die übrigen Betriebskosten ebenfalls um 100 Prozent, dagegen die Tarife nur um 25 Prozent erhöht worden. Der Kurssturz aller Eisenbahnaktien ist jetzt unvermeidlich. Durch den Handel mit Europa hoffen die Amerikaner diese Verluste einigermaßen heranzubringen. Neben dieser privaten Wiederaufnahme des Verkehrs mit allen europäischen Staaten wird der amerikanische Senat in der Sommersaison über eine staatliche Anleihe für Europa zu entscheiden haben. Gefordert dürften 1800 Millionen Dollar werden, darunter 300 Millionen für Nahrungsmittel für Mitteleuropa. Deutschland eine amerikanische Anleihe zu bewilligen, scheint man vorerst in Amerika zu zögern, weil befürchtet wird, daß die Wiedergutmachungskommission der Verbündeten sie anfordern könnte. Dagegen werden Kredite an Firmen und Banken ohne weiteres bewilligt werden. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Stimmung gegen Deutschland sich gebessert zu haben scheint. Der Versailler „Frieden“ wird allgemein als zu drückend bezeichnet. Andererseits bröckelt die Begeisterung für Frankreich und England ab, insbesondere wegen der Rolle, die Amerika bei der Mandatsverteilung von Asien zugebracht war, indem England und Frankreich sich die reichsten Gebiete von Syrien und Mesopotamien zuteilten und Amerika mit Armenien abspeisen wollten.

Reichsmilchgesetz.

Ueber die Vorbereitung eines Entwurfs für ein Reichsmilchgesetz erzählt das „B. T.“: Zurzeit finden in der Reichsstelle für Speisefette Beratungen statt, um einen Entwurf für ein Reichsmilchgesetz vorzubereiten. Das Gesetz dürfte die Milchhygiene regeln und besondere Vor-

Dort tut eine Ehrensparte sich auf,
aus Finnlands Föhren gefügt.

Die Pforte ist zwar eng und gebüht,
und spricht ihre Sprache doch:
von Sang umrauscht, von Blumen gesäumt,
ziehn durch das niedrige Joch
geschmähle Krieger, die manchem Land
gehoben der Knechtschaft Stein.
Wer war's, der den Wert ihrer Taten verstand?
Unser kleines Volk allein!

Wir dachten an unsere Dankspflicht,
und wie die Rettung geschehn.
Den Krämerseelen glichen wir nicht,
die mit dem Winde sich wehn.
So sei es vor aller Welt bekannt:
Hier steht im Norden ein Mann,
der dankt dem zermarterten deutschen Land
und anders nicht will und nicht kann.

Als Dichter nennt das Blatt Carl Demers. In die deutsche Sprache hat es Pastor F. Israel übersetzt, damit die durchziehenden deutschen Truppen den Dank Finnlands in ihrer Muttersprache lesen könnten. Finnland ist jetzt selbst ganz abhängig von der Entente. Um so höher schätzen wir dessen ehrliehen Dank. Wir wollen es den Finnländern nicht vergessen, daß sie in der Stunde, in der alle anderen Völker nur Schmähungen für Deutschland haben, uns einen warm empfundenen Gruß darbrachten.

Die Friedensbedingungen des Zaren im November 1914.

Paris, 31. Dez.

„Humanite“ veröffentlicht heute vormittag nach der „Chicago Daily News“ vom 3. November einen Bericht von Isaac von Lewin, den er von Berlin aus seinen Blatt übermitteln hat. Es handelt sich um den dritten Teil einer Depesche vom 23. November 1914, die der französische Botschafter Paleologue abgefaßt hat, und in der die Friedensbedingungen wiedergegeben sind, die Zar Nikolaus auf Anraten seines Ministers für auswärtige Angelegenheiten Sazonow ausgearbeitet hat. „Humanite“ erklärt, durch diese Enthaltungen sei bewiesen, daß die Friedenskonferenz in Paris nach dem Diktat dieses Diplomaten gehandelt habe. In der Depesche sei gesagt: Oesterreich-Ungarn könne kaum bestehen bleiben. Böhmen werde seine Unabhängigkeit verlangen, so daß Oesterreich nur noch das deutsche Etrol und das Land Salzburg behalten werde. Was Deutschland betreffe, so wollte Rußland das ehemalige Polen und einen Teil von Ostpreußen annektieren. Frankreich sollte Elsaß-Lothringen zurückhalten und sich vielleicht auch nach der Rheinprovinz ausdehnen. Belgien müsse in der Richtung nach Aachen zu einen bedeutenden Länderzuwachs erhalten. Frankreich und England müßten sich in die deutschen Kolonien teilen, und schließlich müsse Schleswig-Holstein und die Zone des Nieler Kanals Dänemark zugesprochen werden.

Paleologue habe in der Unterredung, in der der Zar dieses Programm entwickelt habe, erklärt, er glaube, daß DeLcasse in allen Punkten mit dem Zaren einverstanden sei; er habe dann den Zaren gefragt, was mit Hannover geschehen solle, der darauf erwidert hätte, wenn man einen kleinen freien Staat zwischen Preußen und Westeuropa schiebe, dann verläßt man den Frieden. Der Zar habe wörtlich hinzugefügt: „Unsere Handlungen werden von der Geschichte nur unter der Bedingung gebilligt werden, wenn sie von einem höheren Ideal inspiriert werden, nämlich dem Gedanken, für sehr lange den Frieden der Welt sicherzustellen.“ Der französische Botschafter habe darauf gefragt: „Das würde also das Ende des Deutschen Reiches bedeuten?“ Hier breche das Telegramm zunächst ab. Nun habe Paris das Wort. „Humanite“ setzt hinzu, die Geheimakten am Quai d'Orsay könnten volle Aufklärung geben, auch Aufklärung darüber, daß Rußland den Besitz von Konstantinopel verlangt habe.

Baden.

Karlsruhe, 2. Jan. Unterrichtsminister Hummel hat einen Krankheitsurlaub angetreten, der bis Mitte Januar dauern wird.

Karlsruhe, 4. Jan. Angesichts der bedrohlichen Lage, in der sich gegenwärtig die Lebensmittelversorgung der Stadt Karlsruhe, insbesondere auf dem Gebiet der Kartoffel- und Milchversorgung befindet, soll nochmals versucht werden, durch Aufklärung in den Lieferungsbezirken der Stadt die Lieferungs-gemeinden und Lieferungs-pflichtigen Landwirte zu einer Steigerung der Lieferungs-menge, vor allem in Kartoffeln und Milch zu veranlassen.

Karlsruhe, 4. Jan. Die Eintrittspreise des Landestheaters wurden um weitere 40 v. H. erhöht.

Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose ist eine gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. eingerichtet worden. Es soll eine Arbeitsanstalt als G. m. b. H. eingerichtet werden, in der die jetzt hier bestehenden Näh- und Stickstuben, Schreibstuben, Brodenammlung Altmöbelverwaltung usw. vereintigt werden können. Die Stadtverwaltung wird sich an der Gründung beteiligen.

Auf der Kaiserstraße stürzte sich ein 66-jähriges Fräulein aus dem Fenster ihrer im vierten Stock liegenden Wohnung auf die Straße und war sofort tot.

Mannheim, 4. Jan. In der Schloßstrasse über-raschten Beamte der Kriminalpolizei in der Privatwoh-nung eines Kaffee-wirts eine aus 23 Damen und Herren bestehende Glücksspieler-gesellschaft. Es wurde etwa 65 000 Mark bares Geld und einige tausend Mark Bankgeld beschlagnahmt. Der Kaffee-wirt wurde in Unter-suchungshaft genommen.

Vietingheim (N. Rastatt) 4. Jan. Ein 18-jähriger Bur-sche zielt mit einem Gewehr auf den gleichaltrigen Schmitt. Unglücklicherweise war die Waffe geladen und der Schuß ging in und traf den Schmitt in die Stirn, so daß er tot wiederank.

Württemberg.

Stuttgart, 4. Jan. (Zum 6. Januar.) Abg. Konrad Haukmann veröffentlicht in der Demokratischen Pressekorrespondenz einen Artikel, der auf die Bedeutung der dies-jährigen Landesversammlung der Deutschen dem. Partei hinweist und eine starke Beteiligung aus dem ganzen Land erwartet. — Wie bekannt gegeben, ver-fahren am 6. Januar alle fahrplanmäßigen Personenzüge.

Stuttgart, 4. Jan. (Der Streit um das Er-scheinungs-fest.) Wie die Blätter melden, ist es nicht zutreffend, daß die Mehrheit der hiesigen Arbeiter die Nicht-einhaltung des Erscheinungs-festes und Aus-rechterhal-tung des Eisenbahn-verkehrs an diesem Tag verlangt ha-ben. Bei der Abstimmung in dem ausschlaggebenden Be-trieb Robert Bosch A.G. haben 41,3 Prozent der Ar-beiter sich für das Arbeiten, dagegen 58,7 Prozent für das Einhalten des Festtags am 6. Januar wie früher entschieden. Von den Angestellten hat sich ein noch viel größerer Prozent-satz für die Arbeitsruhe ausgesprochen.

Stuttgart, 4. Jan. (Brot-preiserhöhung.) In-folge der Erhöhung des Weizenpreises auf 46,50 Mark für den Doppelzentner durch die Reichsgetreide-stelle war die Neuregelung des Brot-preises nötig geworden. Der Ge-meinderat hat nun den Preis für ein Hausbrot von 1 Kilo auf 1,12 Mk. und für Bregeln und Kleinbrot auf 12 Pfg. festgesetzt. Weizenmehl kostet 1,40 Mk., Roggen-mehl 1,30 Mk., Gerstenmehl 1,35 Mk. das Kilo.

Nottensburg, 3. Jan. (Die Neujahrs-schieße-rei.) Beim Neujahrs-schießen gingen an der ehema-ligen Wirtschaft zur „Traube“ Scheiben im Wert von 5-600 Mark in Trümmer. Nach den Tätern wird gefahndet.

Schweningen, 3. Jan. (Eine Rechtferti-gung.) Die sozialdemokratische Partei hat in Sachen der Erschießung des Metzgermeisters Beck durch die Poli-zeiwehr in einer Versammlung einstimmig das Verhalten des Stadtvorstands, Braunagel, gutgeheißen, das gewalttätige Vorgehen gegen ihn verurteilt und dem Gemeinderat nahegelegt, Schritte zu unternehmen, damit der Stadtvorstand seine Ab-dankung zurücknimmt.

Nagold, 3. Jan. (Anschlag.) In der Neujahrs-nacht sind auf das Gebäude der Oberamts-pflege scharfe Schüsse abgegeben worden. Mehrere Kugeln gingen durch ein Fenster des 1. Stock in das frühere Schlafzimmer des Oberamts-pflegers.

Wolffegg, 3. Jan. (Stiftung.) Fürst Waldburg-Wolfegg-Waldsee hat für ein Denkmal in hiesiger Ge-meinde 6000 Mark und für die katholische Kirche in Stuttgart-Gaisburg 5000 Mk. gespendet.

Marktbericht.

Leonberg, 3. Jan. Der letzte Schweinemarkt war mit sechs Körben Milchschweinen und zwei Paar Läufer-schweine besahren. Die Milchschweine wurden von 140 bis 205 Mk. das Stüd abgesetzt. Durch die anziehenden Preise blieb ein kleiner Teil unverkauft. Auch die Läufer-schweine fanden keinen Ab-satz.

— **Hauspflichtversicherung.** Am 11. Dezember 1914 fand die 8. ordentliche Generalversammlung der Hauspflichtversicherung-Anstalt der Bad. Landwirtschafts-lammer statt. Nach dem Geschäftsbericht beträgt die Mit-gliederzahl 20 412. Die Einnahmen der Anstalt erhöhten sich von 62 000 auf 73 599 Mark. An Schadensfällen wurden im Geschäftsjahr 1918 305 gemeldet; hiervon wurden 242 erledigt und 63 mit einer Schadensreserve von 8000 Mark ins neue Jahr übernommen. Die Regulie-rungskosten stiegen von 12 140 auf 16 584 Mark. Mit Genehmigung kann festgestellt werden, daß sich die Haus-pflichtversicherung-Anstalt eines guten Rufes innerhalb der badischen landwirtschaftlichen Bevölkerung erfreut.

Entfernung der Deutschen aus der polnischen Industrie.

Łódź, 2. Jan. Eine Versammlung des polnischen

der christlichen Arbeiter Polens stellte in einer der Re-gierung übergebenen Entschließung die Forderung auf, daß in der polnischen Industrie Ausländer (Deutsche) als Arbeiter, Meister, Ingenieure und Direktoren nicht an-gestellt werden dürfen. Ausländer, die bereits drei Jahre vor dem Krieg in polnischen Fabriken tätig waren, können beibehalten werden, wenn sie die polnische Staats-angehörigkeit erwerben und den Nachweis erbringen, daß sie die polnische Sprache beherrschen.

— **Grenzüberwachung.** Zur schärferen Überwa-chung des Grenzverkehrs, namentlich zur Verhütung von Getreide-schiebungen, ist an der Westgrenze des Reichs die Zahl der Aufsichts-beamten um 500 vermehrt worden. An den übrigen Grenzen wird eine entsprechende Ver-mehrung erfolgen. Die Beamten erhalten neben ausrei-chender Besoldung besondere Prämien für jeden einzelnen Fall.

— **Vieh-zählung.** Die vorläufigen Ergebnisse der am 1. September 1919 im Reich, mit Ausnahme der abzu-tretenden Gebiete, der Bayerischen Pfalz und von Birk-ensfeld, vorgenommenen Vieh-zählung ergeben nach amtlicher Mitteilung bei den Rindern einen Bestand von 16 423 832 Stück. Der Vergleich mit der Zählung am 2. Juni 1919 zeigt, daß die Zahl der Rinder unter 3 Monaten in den gleichen Zählbezirken um 18,6 Proz. gesunken ist. Trotzdem beträgt die Gesamt-abnahme des Rindvieh-bestands nur 2537 Stück oder 0,01 Proz. Die Zählung der Schweine am 1. September 1919 hat einen Gesamtbestand von 11 566 868 Stück ergeben. Die Ge-samtzahl der Schweine ist gegen die vorige Zählung um 29,5 Proz. gestiegen. Die Zahl der Schafe weist mit 5 823 957 Stück gegenüber der Zählung vom 2. Juni 1919 eine Abnahme um 6,1 Proz. auf.

— **Der Kleiepreis.** Der Preis, zu dem die Reichs-futtermittelstelle die bewirtschaftete Kleie abnimmt, ist um 6 Mark für den Zentner erhöht worden.

— **Zucker-rüben-samen.** Der Höchstpreis für Zuck-er-rüben-samen wurde bei den Vermehrungsstellen auf 160 Mark, bei den Züchtern auf 200 Mark für den Zentner festgesetzt. — Zu dem vom 1. Januar an von den Fabri-ken abgelieferten Zucker wird ein Zuschlag von 25 Mark auf den Zentner erhoben. Aus dem Zuschlag wird, wie bereits gemeldet, ein Grundstock gebildet, aus dem die Rübenbauer und die Fabriken für die besonderen Un-to-fen dieses Jahres entschädigt werden sollen. Für das nächste Jahr ist ein Rohzuckerpreis von 150 Mark für den Zentner vorgesehen.

— **Kunsthonig und Marmelade.** Das Reichs-wirtschaftsministerium hat für Kunsthonig einen Klein-verkaufspreis von 3,70 Mark und für Marmelade von 3,24 Mark für das Pfund genehmigt.

— **Die Reichsstelle für Gemüse und Obst** hat ihre Geschäftsabteilung vom 1. Januar aufgelöst. Laufende Gemüseablieferungsverträge müssen aber noch erfüllt werden.

— **Zur Vieh-ablieferung an die Feinde.** In dem Bezirk des Viehhandelsverbands für die Provinz Sachsen sind die Preise für die Viehhändler zur Abliefe-rung des „Entente-Viehs“ an den Viehhandelsverband bekanntgegeben worden. Hiernach sollen die Durchschnitts-preise betragen: Für Jungvieh 1500 Mk., tragende Färsen 2800 Mk., tragende Kühe 3200 Mk., milchende Kühe 3300 Mk., jüngere Bullen 2000 Mk., ältere Bullen 3500 Mk. Der Händler erhält außerdem für je von der Wiedergutmachungskommission abgenommenen 10 Stück Zuschlag von 90 Mk. für Jungvieh, 100 Mk. für hochtragende Färsen, 210 Mk. für hochtragende e. 250 Mk. für milchende Kühe und von 120 Mk. für jüngere, 200 Mk. für ältere Stiere.

op. **Ein Deutscher Arbeitsbund.** In Bülste, Kreis Neuhausleben (Hannover), sind im März ds. Jz. unter Führung eines Hauptmanns Schumbe erwerbslose Männer, Handwerker, Offiziere, Studenten u. a., Berg-arbeiter geworden, um dem Volk an dem Punkt zu die-nen, wo es heute am nötigsten ist, in der Kohnbeschaf-fung, und um zugleich sich selbst auf genossenschaftlicher Grundlage eine Heimstätte und eine Zukunft zu bauen. Auf Grund dieses Versuchs ist nun ein „Deutscher Ar-beitsbund“ ins Leben gerufen worden, der arbeitslose Angehörige aller Stände, Geistesarbeiter wie Hand-arbeiter sammeln will zur Arbeit im Braunkohlen- und Kalibergbau. Diese Arbeits- und Lebensgemeinschaft, beides soweit möglich genossenschaftlich aufgebaut, soll aber gleichzeitig die Klaffenggenisse überbrücken und ein neues Gemeinschaftsbewusstsein schaffen helfen. Weitere idy-tische Männer, die in der Grube mitarbeiten wollen, Erwerbslose, heimkehrende Kriegs-gefangene, entlassene Reichswehrsoldaten, Geistesarbeiter, Studenten u. a., mö-gen sich bei dem Vorsitzenden Dr. Sterrieth-Berlin W. 35, Potsdamer-Str. 121 c melden; sie werden berücksichtigt werden, soweit Unterkunft beschafft werden ka. Für die Beschaffung von Heimstättenland und vor-läufiger Unterkunft und zur Begründung der Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen braucht der Bund große Mit-tel; er wirbt daher auch außerordentliche Mitglieder (Jah-rebeitrag mind. 10 Mk.). Anmeldungen von Männern u. Frauen, Vereinen, Verbänden, Gemeindeverwaltun-gen an Friedr. Schöll, Stuttgart-Ostheim, Landhaus-Strasse 223 erbeten.

Die grösseren Schiffskatastrophen der letzten 200 Jahre vor dem Kriege.

Englisches Kriegsschiff, „Association“	1701	400 Tote
„Royal George“	1702	900 „
„Queen Charlotte“	1800	700 „
Englisches Kriegsschiff „St. George“ und „Delancey“	1811	1400 „
Englisches Transportschiff „Birkenhead“	1852	1500 „
Deutsches Dampfschiff „Amazona“	1861	195 „
Englisches Kriegsschiff „Capota“	1870	970 „
Deutscher Dampfer „Schiller“	1875	330 „
Englisches Kriegsschiff „Alice“	1878	650 „
Deutsches „Grosskurfirst“	1878	265 „
Englisches Dampfer „Victoria“	1881	700 „
Deutscher Dampfer „Glabria“	1883	475 „
Deutsches Kriegsschiff „Augusta“	1885	225 „
Italienischer Dampfer „Ulyssa“	1891	375 „
Englisches Kriegsschiff „Victoria“	1893	620 „
Spanisches „Aloufegado“	1895	435 „
Deutscher Dampfer „Elbe“	1895	350 „
Englisches „Irish Castle“	1898	215 „
Deutsches „Saller“	1898	280 „
Französisches „Bourgoigne“	1898	570 „
Englisches „Camorta“	1898	740 „
Amerikanisches „Carl Slocum“	1899	1000 „
Japanisches Kriegsschiff „Mikasa“	1905	600 „
Norwegischer Dampfer „Norge“	1905	600 „
Italienisches „Sirio“	1906	365 „
Holländisches „Berlin“	1907	170 „
„Mian“	1912	1500 „
Englisches „Esper Ireland“	1914	1650 „

Deutsche Schiffe sind durch Unterstrichen hervorgehoben.

AMBI-Massivbau
D.R.P. D.R.G.
AMBI, Abt. I/3991 Berlin-Johannisthal.

Vermischtes.

Das teure Gold. Es gab einmal eine Zeit, in der 20 Mark eben 20 Mark waren, nicht mehr und nicht weniger, gleichviel, ob die Wertziffern auf einem goldenen Münzplättchen oder auf einem Reichsbank-Papierschein standen. Das war die Zeit, in der Deutschlands Wirtschaft noch stark und blühend, Deutschlands staatlicher und nationaler Kredit noch unverfehrt waren, in der unsere Valuta vollständig war. Dann kam der Krieg und die Revolution und in ihrem Gefolge das Baltastelend. In Deutschland selbst freilich blieb — theoretisch und gesetzlich — alles in der Geldfrage beim Alten, bis in die allerjüngste Zeit hinein. Es war als unzulässiger Agiohandel bei schwerer Strafe verboten, für 20 Mark Gold mehr als eben 20 Mark in Papier zu fordern oder zu bezahlen. Die Folge dieser Vorschrift war, daß kein Mensch mehr Gold in den Verkehr gab, daß wir die reine Zettelwirtschaft bekamen. Die, welche nicht den Aufseher zur Goldsammlung in der Reichsbank gejagt waren, versteckten ihr Gold. Aber der dringliche industrielle wie gewerbliche Goldbedarf mußte doch zu seinem Gold kommen. Es entwickelte sich hier schnell das Schieberwesen. Ein ebenso heimlicher wie schamloser Goldhandel, der tiefenpreise bezahlte, eben die Preise, die der Entwertung der Papiermark und dem Weltmarktpreis einigermassen entsprachen. Daraus folgten unerträgliche Zustände. Das Reich selbst mußte seine eigenen Vorschriften durchbrechen. Der Schutz unserer Interessen forderte die Anpassung der Zollvorschriften beim Handelsverkehr mit dem Ausland an die Valutaverhältnisse. So verlangte das Reich an seinen Grenzen die Zollzahlung in Gold. Es wurde Tatsache, daß ein Zollpflichtiger entweder 10 Mark in Gold oder 20 Mark in Papier zu leisten hat. Und reichte er bei einer Zollpflicht von 15 Mark Gold ein 20 Mark-Goldstück hin, so mußte ihm die Zollstelle nicht 5 Mark Papier, sondern den vollen Goldwert in Papier herausbezahlen.

Bekanntmachung.

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung des Ernährungsministeriums über die Vornahme der Landwirtschaftskammerwahlen vom 23. September 1919 wird hiemit hingewiesen.

Wildbad, den 5. Januar 1920.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Kommunalverband Neuenbürg.

Betreff: Delfrüchte und daraus gewonnene Erzeugnisse.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 292 erschienene Verfügung des Ernährungsministeriums vom 16. Dez. 1919 in obigem Betreff wird hingewiesen.

Hiernach darf der Erzeuger von Delfrüchten zur Herstellung von Nahrungsmitteln zurückbehalten bei einer Anbaufläche bis zu 20 ha:

Winterreps und Winterrüben	150 Kg.
Sommerreps und Sommerrüben	75 "
Rohh	100 "
Leindotter und Hanf	75 "
Senf	62,5 "
Sonnenblumen	37,5 "

Bei Leinsamen darf von Vorräten bis 500 Kg. in der Hand desselben Lieferpflichtigen die Hälfte, mindestens jedoch 30 Kg. zurückbehalten werden. Der Erzeuger von Delfrüchten verschiedener Art hat die Wahl, welche Delfrüchte er zurückbehalten will.

Erzeuger von Delfrüchten, welche die vorgeschriebene Anzeige der in diesem Jahre geernteten Delfrüchte noch nicht erstattet haben, haben solche bis spätestens 8. Jan. 1920 beim Ortsvorsteher einzureichen. Die Anzeigen sind durch den Ortsvorsteher an den Kommunalverband weiterzuleiten.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, diejenigen Erzeuger, welche nach der Ernteflächen-Erhebung mehr Delfrüchte, als sie zurückbehalten dürfen geerntet haben und ihre Vorräte noch nicht angezeigt oder abgeliefert haben, zur Anzeige und Ablieferung der fälligen Delfrüchtemengen anzuhalten und dem Kommunalverband namhaft zu machen. Außerdem ist den Delinquentenbestizern von der oben angeführten Verfügung Kenntnis zu geben und hierüber dem Kommunalverband Anzeige zu machen.

Zur Deckung des der Landesversorgungsstelle und dem Kommunalverband bei der Bewirtschaftung der Delfrüchte erwachsenden Verwaltungsaufwands ist durch den Kommunalverband für die Ausstellung der Delschlag-Gelaudnissscheine eine Gebühr zu erheben, die bei einer Delfrüchtemenge bis zu 30 Kg. je 30 Pfg., bei 30 bis 100 Kilogramm je 1 Mk. und bei mehr als 100 Kg. je 3 Mk. beträgt. Von diesen Gebühren fallen 75 % der Landesversorgungsstelle zu. Die Gebühren sind von den Ortsvorstehern bei der Entgegennahme der Anträge auf Ausstellung von Delschlag-scheinen im Voraus zu erheben und mit den Anträgen an die Geschäftsstelle des Kommunalverbands einzufenden.

Sonderabdrücke der neuen Bestimmungen gehen den Ortsbehörden mit der Weisung zu, für ordnungsgemäße Bekanntmachung der für die Delfruchtanbauer wichtigen Bestimmungen in den Gemeinden Sorge zu tragen.

Den 2. Jan. 1920. Oberamtmann Bullinger.

Veröffentlicht! Die vom Erzeuger zu erstattenden Anzeigen der in Jahre 1919 geernteten Delfrüchte sind bis längstens 7. ds. Mts. auf dem Rathaus (Meldeamt) zu machen.

Wildbad, den 5. Januar 1920.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Gaswerk.

Es wird für dringenden Bedarf eine kleine Menge Gase abgegeben, gegen Bezugsschein, den Zentner zu 8 Mark. Abgabezeit nur von morgens 8 Uhr bis 5 Uhr abends. Gäßler.

So entschloß man sich in Berlin, den „Goldbann“ aufzuheben und den Handel freizugeben. Sofort setzte, in diesen letzten Tagen, ein sehr lebhafter Handel ein. Große Beträge Goldmünzen wechselten fortgesetzt die Hand. Es ist von Interesse, daß dabei zurzeit etwa 110 Mark Papiergeld für 10 Mark Gold bezahlt werden; also das Effische. Nebenbei ist zu bemerken, daß der Preis für eine Silbermark zur Zeit 5¼ Papiermark ist.

Hunde-Schicksale. Unter diesem Titel erzählt ein Mitarbeiter der „Deutschen Jäger-Zeitung“ von der ungewöhnlichen Leistung, die ein langhaariger dreijähriger Mähnerhund vollbracht hat. „Ich bezog „Toll“, so berichtet er, aus dem Kreise von Goarshausen, also von jenseits des Rheins, ungefähr 50 Kilometer von meinem Wohnort. Der Hund folgte mir sofort ohne Leine und war gleich anhänglich, sodass ich ihm volles Vertrauen schenkte. Das belohnte er aber bereits am dritten Abend übel, indem er plötzlich verschwand. Schon glaubte ich, daß er aufgefangen und den „Weg alles Fleisches“ gegangen sei, als ich von seinem bisherigen Besitzer die telefonische Nachricht erhielt, „Toll“ sei wieder dort angelangt. Der Hund hatte also, nachdem er den Weg zu mir zum ersten Mal in der Eisenbahn zurückgelegt hatte, den anerkanntwertesten Drosseln entwidelt, seine Heimatsseite jenseits von dem Rhein wiederzufinden. Ich eilte mich, wieder in den Besitz meines Wächters zu kommen, fand ihn aber in einer nicht eben vorzeiglichen Verfassung vor, denn er hatte je eine starke Haut- und Fleischwunde an der linken Seite des Kopfes und auften am rechten Hinterlauf in der Höhe des Gelenks. „Toll“ trauerte aber wohlgenut mit mir wieder von dannen, und ich fand zu Hause bei genauer Untersuchung, daß die Verwundungen auf einen Schuß zurückzuführen waren. In der Kniekehle fand ich den Einschuß und stellte weiter fest, daß auch die Kopfwunde durch denselben Schuß verursacht sein mußte. Ich verfolgte die Fluglinie, wobei ich sah, daß auch noch andere Körperteile getroffen sein mußten, und siehe da, die Kugel hatte auch den

linken oberen Vorderlauf in den Muskeln durchschlagen, bevor sie den rechten Hinterlauf faßte. Es war doch viel, daß der schwere Hund mit dieser fünffachen Verwundung nach Hause zu gelangen vermochte und dann wieder mit mir 50 Kilometer zurückließ, ohne irgendwie zu lahmen. Ein Beweis, daß auch unsere hochentwickelten Säugetiere viel weniger Schmerz bei Verwundungen empfinden müssen, als der Mensch.“

— **Griffsaktion für die Wiener Kinder.** Die Bad. Landwirtschaftskammer wendet sich in einem Aufruf an die landwirtschaftlichen „Wochenblätter“ an die badischen Landwirtschaft mit der Bitte, der Not unserer deutschen Brüder in Österreich durch Aufnahme von Kindern oder durch Geldspenden zu steuern.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 6. Jan. Am Montag vormittag ereignete sich beim Stockholzprennen am Wendenstein ein schreckliches Unglück. Zwei bei Unternehmer W. Schlatter beschäftigte Arbeiter gerieten einem eben zur Entladung kommenden Schuß in nahe und wurden furchtbar zugerichtet. Der verheiratete 35 Jahre alte Bergbahnschaffner Herr Treiber erhielt schwere Verletzungen am Unterleib, während dem 18 Jahre alten Sohn Paul des Bädermeisters Schwarzmaier das Gesicht zerissen wurde. Die Tragweite des Geschehens kann bis zur Stunde bei keinem der Verletzten vorausgesagt werden. Die erste Hilfe leistete der schon als Sanitäter tätig gewesene Karl Treiber in anerkennenswerter Weise. Die Verunglückten wurden sofort mittels Auto ins Bezirkskrankenhaus Neuenbürg verbracht. Den Familien wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Fortsetzung des Gemeinderatsberichts folgt morgen.

Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg. Zulassung von Weizenkleinbrot.

Mit Ermächtigung der Landesgetreidestelle wird die Herstellung von Weizenkleinbrot in beliebiger Form (Bretten, Ripi, Brezeln usw.) mit einem Gewicht von 75 Gramm in beschränkter Weise zugelassen. Der Preis ist auf 12 Pfg. pro Stück festgesetzt.

Der Feingehalt der Kleinbrote ist nur gegen Prämien zulässig. Die Brotarten enthalten künftig eine Anzahl von Marken zu 75 Gramm Brot oder 55 Gramm Mehl, die gegen Kleinbrot oder Weizenbrotmehl einlösbar sind. Andere Marken dürfen für diesen Zweck nicht zur Verwendung kommen. Nur für die Uebergangszeit vom 1. bis 15. Jan. 1920 dürfen ausnahmsweise die Marken zu 150 bzw. 200 Gramm für je 3 Kleinbrot-Verwendung finden. Sonst aber nicht.

Den Bäckern kann nur eine beschränkte Menge Weizenmehl für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Sie müssen deshalb bestrebt sein, damit hauszuhalten. Die eingelösten Kleinbrotmarken müssen auf besonderen Bogen aufgeklebt dem Kommunalverband zurückgegeben werden und es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Ergänzung des Weizenmehlbestandes nur im Rahmen der eingelieferten Kleinbrotmarken zugelassen wird.

Den 31. Dez. 1919. Oberamtspfleger Rädler.

Veröffentlicht!

Wildbad, den 3. Januar 1920.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Einladung.

Zu dem am Sonntag, den 11. Januar abends 6 Uhr im Saale zur „Alten Linde“ stattfindenden

Familien-Abend

werden alle hier wohnenden Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen, sowie die Mitglieder der Vereinigung freundlichst eingeladen.

Vereinigung Immergrün.

Wildbad, den 7. Januar 1920.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der Krankheit und nach dem Hinscheiden unseres lieben, einzigen Sohnes, meines guten Bräutigams

Hans Waidelich

von allen Seiten erfahren durften für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, insbesondere seitens der Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten, dem Personal der Papierfabrik Wildbad sowie den Schulkameraden für die vielen Blumenpenden, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, den erhebenden Gesang des verehrt. Liederkranzes sowie der Herren Trägern sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Pension Villa Schönblick

sofort zu verkaufen oder zu vermieten.

Näheres bei

Carl Kometsch,
Villa Schönblick.

Herren-Anzugstoffe

auch für

Konfirmanden-Anzüge

geeignet, empfehlen in reicher Auswahl

in billigen Preisen.

Phil. Bojch Nachfolger
Wildbad.

Danksagung.

Allen denen, welche uns so rasche und hilfreiche Dienste geleistet haben bei dem Unglück, welches uns betroffen, sagen wir

herzlichen Dank.

Familie F. Treiber.

„ Schwarzmaier.

Einen kleinen Posten

Prima

Gummihosenträger

(echte Friedensware) mit bestem

Federbreit die Rucksäcke

Gamaschen. :: Prima

Reitpeitschen

empfiehlt E. Hagenlocher

Sattlermeister.

NB. Reparaturen bei billiger

Rechnung.

An dem heute abend beginnenden

Tanz-Kurs

im Gasthaus zur Eisenbahn können noch einige Damen u. Herren teilnehmen.

Anmeldungen nimmt entgegen

Antonie Baum.

Ein kinderloses Ehepaar sucht eine

Wohnung

mit 2 bis 3 Zimmern per

1. April.

Näheres in der Expedition

ds. Blattes.

Waldorf-Astoria Cigaretten

von 15 Pfg. an bei

Chr. Schmid & Sohn

Tabakgroßhandlung

König-Str. 68.

Prima reiner

Grobchnitt-Tabak

auch für Bruyer-

Peifen geeignet

pro großes Paket

Mk. 4.70.

Café Bechtle - Weinstube

Wildbad.

Ia. alte und neue

Rot- und

Weissweine

im Ausschank.

